



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



**„Worten
Taten folgen
lassen“**

Moin!

SICHERHEIT FÜR ALLE

*Bundespolizei muss personell
angemessen ausgerüstet sein*

Jede und jeder muss sich in Deutschland stets und überall sicher fühlen können. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit – aber in Zeiten immer komplexerer Herausforderungen für die innere Sicherheit wird zunehmend klar, dass unsere Einsatzkräfte Verstärkung brauchen, damit sie auch in Zukunft für ihre Aufgaben gerüstet bleiben.

Dazu gehört auch der Mut, zu sagen: Der Personalabbau der Vergangenheit war falsch. In den nächsten Jahren wird es nötig sein, Bundespolizei und Bundeskriminalamt in der Größenordnung von insgesamt etwa 20.000 Stellen zu verstärken. Sicherheit ist und bleibt Aufgabe des Staates.

Falsch gespargt wurde viel zu

lange auch bei den Streitkräften. Das Kaputtsparen der Bundeswehr durch die verkorkste Reform der Verteidigungsminister zu Guttenberg und de Maizièr muss ein Ende haben – und die Bundeswehr die personelle Ausstattung erhalten, die sie für ihre Einsätze benötigt. Reformen dürfen dabei nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg, sondern mit ihnen geschehen.

Bei all dem gilt: Es kann nicht darum gehen, wie in Teilen der CDU reflexartig nach schärferen Gesetzen zu schreien, sondern darum, angemessene Personalzahlen sicherzustellen und so auch präventiv vorzusorgen. Denn ohne verlässliche Sicherheit ist ein Leben in Freiheit nicht möglich.

Im Januar hat das politische Berlin die Arbeit wieder voll aufgenommen – neue Gesetzesvorhaben, wie beispielsweise zum Thema Jugendschutz (S. 2), sind in vollem Gange. Aber auch im Austausch mit der Heimat tut sich was: Bei Unternehmensbesuchen und öffentlichen Veranstaltungen habe ich Dialoge in der Region weitergeführt – und mit Schülerinnen und Schülern im Bundestag über meine politische Arbeit diskutiert.

Ein Highlight für mich war im vergangenen Monat der Besuch des Präsidenten des Bundesligisten SV Werder Bremen, Dr. Hubertus Hess-Grunewald, im Deutschen Bundestag.

Gemeinsam mit meinen Kollegen des offiziellen Werder-Fanclubs „Bundestag Grün-Weiß“ haben wir über den „Werder-Weg“ und das politische und soziale Engagement des Vereins gesprochen.

Ever 12.15

KINDER- UND JUGENDSCHUTZ STÄRKEN

Was bei E-Zigaretten wirklich neu geregelt wird

In den letzten Wochen haben mich und mein Büro-Team zahlreiche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern erreicht, die sich sorgen, dass der Verkauf von E-Zigaretten eingeschränkt oder verboten werden könnte. Gerne will ich deswegen kurz darstellen,

was in der nationalen Umsetzung der EU - Tabakprodukttrichtlinie geregelt wird.

Primäres Ziel sind für uns als SPD in diesem Zusammenhang wissenschaftlich geleiteter Jugendschutz und Transparenz. Um ein Verbot geht es dabei zum jetzigen Zeitpunkt ausdrücklich nicht.

Wegen derzeit noch ungeklärter gesundheitlicher Risiken sollen sogenannte E-Inhalationsprodukte (dazu zählen elektrische Zigaretten und E-Shishas) nicht mehr irreführend beworben oder an Kinder abgegeben werden dürfen. Zum Beispiel soll

Kinowerbung für E-Zigaretten und Tabakerzeugnisse vor Filmen, die für unter 18-Jährige freigegeben sind, verboten werden. Auch die kostenlose Abgabe wird verboten. Darüber hinaus muss auf Verpackungen in Zukunft genau auf die Inhaltsstoffe hingewiesen werden. Inhalts- und Zusatzstoffe, die den Eindruck erwecken, gesundheitsfördernd zu sein (wie beispielsweise Vitamine), sollen nicht mehr verwendet werden dürfen.

Der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung liegt dem Bundestag vor. Er wird dort im Laufe des ersten Halbjahres 2016 das parlamentarische Verfahren durchlaufen. Auch zu diesem Thema befinde ich mich natürlich im Austausch mit meinen Fachkollegen und -kollegen.



Foto: Gisela Peter / pixelio.de

STUDIE: MIETPREISBREMSE IST FÜR OLDENBURG MÖGLICH

Gutachten der NBank empfiehlt Einführung im Stadtgebiet

Es ist für jeden seit Jahren ersichtlich: In Oldenburg wird es immer schwerer, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Mit der Mietpreisbremse können wir die gefährliche Preisdynamik entschärfen und aktiv dazu beitragen, dass Oldenburg eine Wohnstadt für alle bleibt.

Deswegen ist es eine gute Nachricht, dass die niedersächsische Landesregierung die Einführung des Mietendeckels plant – und ein Gutachten der Investitions- und Förderbank NBank im Auftrag der Landesregierung die Mietpreisbremse auch für Oldenburg empfiehlt.

Die Mietpreisbremse, die ich als

zuständiger Berichterstatter der SPD mit ausgearbeitet habe, erlaubt es den Ländern seit 2015, in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Mieten bei Wiedervermietung auf zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu begrenzen.

Nun haben die Kommunen bis zum 6. März Zeit, Stellung zu den Planungen der Landesregierung zu nehmen. Ich

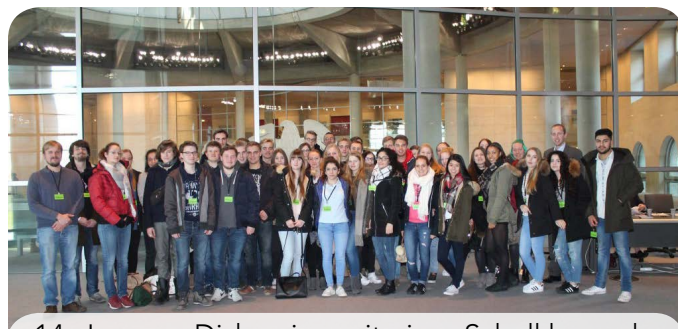
werde hier am Ball bleiben – und stehe gerne jederzeit mit Rat und Tat zur Seite.



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de



11. Januar - Gespräch mit dem niedersächsischen Finanzminister, Peter-Jürgen Schneider, über die Bund-Länder-Finzen.



14. Januar - Diskussion mit einer Schulklassse der Helene-Lange-Schule aus Oldenburg im Rahmen ihres Besuchs in der Hauptstadt.



18. Januar - Moderation der Diskussionsveranstaltung „Flucht und Migration“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Niels Annen MdB.



20. Januar - Zusammen mit dem Ortsverein Rastede beim Besuch der Einsatzleitstelle von „Offshore Response and Safety“.



23. Januar - Beim Neujahrsempfang der Arbeitsgemeinschaft der Ofenerdieker Vereine im Vereinsheim des SV Ofenerdiek.



28. Januar - Zusammen mit meiner Mitarbeiterin Lara Pistorius habe ich beim „Red Hand Day“ teilgenommen - kein Einsatz von Kindersoldaten.



Berlinfahrt mit Besuch des Auswärtsspiels der EWE Baskets

Von Freitag, den 18. bis Sonntag, den 20. März 2016 bietet der Reiseveranstalter CTS eine Berlinfahrt mit einer Stadtführung, einem Besuch im Bundestag und dem Besuch des Auswärtsspiels der EWE Baskets gegen ALBA Berlin an.

Der Reisepreis pro Person beträgt 169 Euro plus 35 Euro für das Programm und 30 Euro für das Ticket.

Weitere Infos sind im Wahlkreisbüro erhältlich.
Die Anmeldefrist ist der **15. Februar**.



ASYLPAKET II

Die Fakten zur Einigung

Trotz interner CDU-Querelen hat sich die Bundesregierung nun auf das Asylpaket II verständigt. In den nächsten Monaten will das Bundeskabinett u.a. folgende Maßnahmen auf den Weg bringen, die ich euch zu eurer Information kurz vorstelle:

Konzepte zur Integration – Bund und Länder erarbeiten ein gemeinsames Integrationskonzept für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, z.B. in den Bereichen Sprachförderung, Integrationskurse, Bildung, Studium und Arbeitsmarkt. Dazu wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund und Ländern eingerichtet.

Wohnraumförderung – Zudem hat die Bundesregierung mit den Ländern vereinbart, dass zügig ein Gesetzentwurf der steuerlichen Förderung des Wohnungsbaus vorgelegt wird – damit die Aufgaben bei der Schaffung von Wohnraum zügig bewältigt werden

können.

Rechtssicherheit für Auszubildende und Betriebe – Flüchtlinge, die einen Ausbildungsvertrag vorweisen können, erhalten künftig ein sicheres Aufenthaltsrecht für die Dauer der Ausbildung plus zwei Jahre der Weiterbeschäftigung. Die Altersgrenze für die Inanspruchnahme wird von 21 auf 25 Jahre hochgesetzt.

Schutz für Minderjährige – In Flüchtlingsunterkünften Beschäftigte und regelmäßig ehrenamtlich tätige Personen, die in Kontakt zu Minderjährigen stehen, dürfen nicht durch Gewalt- und Sexualdelikte aufgefallen sein. Es wird eine Pflicht zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses eingeführt.

SPRACHKITAS

Neues Programm der frühkindlichen Bildung fördert Sprache

Seit dem 01. Januar 2016 läuft das Bundesprogramm der „Sprach-Kitas“ für die alltagsintegrierte sprachliche Bildung als Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Der Bedarf an zusätzlicher Sprachförderung ist in den letzten Jahren stetig gewachsen – weshalb nun insbesondere Kinder mit besonderem sprachlichen Förderbedarf sowie Flüchtlingskinder von dem neuen Angebot profitieren können.

Viele Kitas unserer Region haben sich bereits beteiligt. So werden z.B. die AWO-Kindertagesstädte Bad Zwischenahn oder die Kita Klingenbergstraße in Oldenburg durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche

Bildung und in der Fachberatung unterstützt. Rund 4.000 zusätzliche halbe Stellen wurden bundesweit bereits geschaffen.

Besonders vor dem Hintergrund des großen Flüchtlingszuzugs in unser Land bietet das Programm ein erfolgsversprechendes Integrationskonzept von Anfang an. Es ist ein Erfolg auf ganzer Linie: für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die Integration und für Kinder, die mit besserer sprachlicher Bildung den Schlüssel zu ihrem Erfolg in den Händen halten.

WORKSHOP IN BERLIN

Medienworkshop für Jugendliche

Vom **24. bis 30. April 2016** wird der 13. Jugendmedienworkshop im Deutschen Bundestag stattfinden.

30 medieninteressierte Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet können so den politischen Alltag und den Medienbetrieb in der Hauptstadt kennenlernen. Der Workshop steht in diesem Jahr unter dem Motto „Eine andere Heimat“ und behandelt die Herausforderungen, die sich aus dem aktuell hohen Flüchtlingsaufkommen für Staat und Politik sowie für die Menschen ergeben.

Interessierte können sich bis zum **28. Februar 2016** bewerben:

<http://www.jugendpresse.de/bundestag>

DIREKT GEWÄHLT - DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800

Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01

Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennis-rohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde